

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 04.07.2021)

Titel: **Das ist alles von der Versammlungsfreiheit
gedeckt!**

Antragstext

1 **Hands off my Versammlungsfreiheit!**

2 Gerechtigkeit wird nie geschenkt, sondern gegen Widerstände erstritten.
3 Insbesondere Versammlungen, die nicht von allen Teilen der Gesellschaft als
4 angenehm oder maßvoll empfunden wurden, waren häufig Ausgangspunkt von
5 gesellschaftlichem Fortschritt.

6 Wir wollen nicht nur, dass das so bleibt, sondern darüber hinaus Barrieren
7 abbauen, die dazu führen, dass Menschen sich gegen die Teilnahme an einer
8 Versammlung entscheiden. Dafür wollen wir schließlich auch das
9 Bundesversammlungsgesetz durch ein demonstrierendenfreundlicheres
10 Landesversammlungsgesetz ersetzen.

11 Eine Beschneidung der Demonstrationsfreiheit, wie sie von der
12 freiheitsfeindlichen Landesregierung unter Armin Laschet angestrebt wird, lehnen
13 wir entschieden ab!

14 **Klimaschutz ist Grundrecht**

15 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach Deutschland die Bemühungen im
16 Kampf gegen die Klimakrise massiv intensivieren muss, hat der
17 Klimagerechtigkeitsbewegung Rückenwind gegeben.

18 Das Gesetz der schwarz-gelben Landesregierung zielt jedoch klar darauf ab, die

19 Handlungsfähigkeit dieser Bewegung einzuschränken.

20 So nennt das Innenministerium Proteste gegen Straßenbauprojekte, wenn dem Staat
21 dadurch Kosten entstehen, explizit in der Begründung des aktuellen
22 Gesetzentwurfs.

23 Mit Beschluss des Gesetzes würde darüber hinaus faktisch jede Versammlung
24 verboten, in deren Rahmen zu Aktionsformen aufgerufen werden könnte, die
25 vielleicht als Nötigung deklariert werden könnten - aus unserer Sicht ist das
26 verdammt viel Konjunktiv.

27 Wir fordern, dass Fahrraddemos auf Teilstücken von Autobahnen und Sitzblockaden
28 auf den Schienen von RWE weiterhin möglich sind, ohne dass Aktivist*innen Gefahr
29 laufen, strafrechtliche Repressionen zu erleiden.

30 **Gegen grenzenlose Gängelung**

31 Die Erfahrung zeigt: Das Anmelden von Versammlungen und die Erfüllung von
32 polizeilichen Auflagen sind mit Hürden verbunden. Schon jetzt ist es nicht immer
33 leicht, ausreichend Ordner*innen zu finden.

34 Nun fordert das schwarz-gelbe Versammlungsgesetz zusätzlich die namentliche
35 Nennung sämtlicher Ordner*innen im Vorfeld und gibt der Polizei die
36 Berechtigung, einzelne Personen als unzuverlässig abzulehnen. Darüber hinaus
37 können sie dafür haftbar zu machen, wenn aus der Versammlung heraus Straftaten
38 begangen wurden.

39 Personen rechtlich zu belangen, die selbst keine Straftaten begangen haben,
40 widerspricht einem modernen Schuldverständnis. Das zielt zweifellos darauf ab,
41 Versammlungen durch Abschreckung bereits zu verhindern, bevor sie überhaupt
42 zusammenkommen.

43 **Nein zu Versammlungs-Videoarchiven**

44 Eigentlich sollte jede*r Bürger*in das Recht haben, anonym an einer Versammlung
45 teilzunehmen, ohne dass er*sie aufgenommen wird. Mit dem neuen
46 Versammlungsgesetz würde dieser Grundsatz beerdigt.

47 Sobald die Polizei eine Demonstration als „unübersichtlich“ einstuft, können die
48 Teilnehmenden gefilmt werden. Und zwar auch von Einsatzkräften am Boden - obwohl
49 Gerichte in der Vergangenheit bestätigt haben, dass davon eine abschreckende

50 Wirkung ausgeht.

51 Für uns ist klar: Übersichtsaufnahmen sind inakzeptabel, Aufzeichnungen dürfen
52 nur im Falle unmittelbar bevorstehender Gefahr angefertigt werden!

53 **Solidarität mit Tante Milli**

54 Wann immer Vertreter*innen des Staates zukünftig entscheiden, dass von dem
55 Erscheinungsbild einer Demonstration eine einschüchternde Wirkung ausgeht, oder
56 dass es "Militanz" ausstrahlt, wäre es möglich, die Versammlung auf dieser Basis
57 zu untersagen. Nicht nur das, die vermeintliche "Militanz" könnte sogar mit bis
58 zu zwei Jahren Freiheitsstrafe bestraft werden.

59 In der Begründung des Gesetzes wurden als Beispiel für derartige Militanz die
60 weißen Maleranzüge von „Ende Gelände“ genannt, unmittelbar nach den Uniformen
61 der SS.

62 Nicht nur diese historisch brandgefährliche Gleichsetzung ist absurd, auch das
63 grundsätzliche Unterfangen, in die Selbstbestimmungsrechte von Demonstrant*innen
64 einzugreifen, lehnen wir ab!

65 **Antifa bleibt Hand-in-Handarbeit**

66 Ein Großteil der der im Zusammenhang mit Demonstrationen festgestellten
67 Straftaten betrifft nach wie vor Sitzblockaden und Verstöße gegen das
68 Vermummungsverbot.

69 Während beides in anderen Versammlungsgesetzen inzwischen nicht mehr als
70 Straftat, sondern nur noch als Ordnungswidrigkeit geahndet wird, erhöht die
71 Landesregierung das Strafmaß in Fällen des Verstoßes gegen das Vermummungsverbot
72 sogar von einem auf bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe.

73 Das ist absurd, denn der Großteil der Vermummungen geht auf reinen Selbstschutz
74 zurück, zum Beispiel um nicht von Fotograf*innen aus dem extrem rechten Spektrum
75 aufgenommen und als Nazi-Gegner*in geoutet zu werden.

76 Vermummung soll daher nach unserer Vorstellung zukünftig nur noch eine
77 Ordnungswidrigkeit darstellen.

78 Auch Sitzblockaden und akustische Störungen werden bis ins bürgerliche Spektrum
79 hinein als legitimes Mittel im Kampf gegen Rechts wahrgenommen.

80 Akustische Störungen, die Teilnahme an Blockaden und die Vorbereitung auf diese
81 dürfen keine Straftat darstellen, sondern müssen legal möglich sein.

82 **Zusammenfassend**

83 Als GRÜNE JUGEND NRW können wir ein Gesetz, das mit dem verfassungsrechtlichen
84 Prinzip der Versammlungsfreiheit bricht und es durch ein autoritäres Prinzip der
85 Versammlungsverhinderung ersetzen möchte, nicht hinnehmen.

86 Unsere Vision bleibt ein Versammlungsfreiheitsgesetz im Land, das die Hürden für
87 Versammlungen absenkt und die Versammlungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes
88 für alle garantiert.

89 Der Entwurf der Regierung Laschet zielt darauf ab, den konsequenten Kampf gegen
90 die Klimakrise und antifaschistisches Engagement durch weitreichende Eingriffe
91 in den Ablauf von Demonstrationen massiv zu erschweren.

92 Daher lehnen wir ihn überzeugt ab und rufen zu entschiedenem Protest dagegen
93 auf.

94 Für die GRÜNE JUGEND NRW gilt, heute wie an allen Tagen:

95 Klima schützen.

96 Nazis bekämpfen.

97 Versammlungsfreiheit erhalten.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 03.07.2021)

Titel: **Die Stadt gehört uns allen - Queerfeministische Stadtplanung jetzt!**

Antragstext

1 Schauen wir uns in den Innenstädten um oder auf dem Land. Es fällt zwar nicht
2 sofort auf, aber doch es ist allgegenwärtig. Mobilität und Planung von Städten
3 und Dörfern ist auf die Bedürfnisse von sogenannten traditionellen Familien mit
4 dem Cis-Mann als Alleinverdiener zugeschnitten. Andere Lebensmodelle kommen in
5 der Stadtplanung oftmals nicht vor. Im Fokus der Verkehrsplanung stand lang und
6 steht in großen Teilen immernoch die Bewältigung von Pendler*innenströmen zum
7 und vom Arbeitsplatz des 40-Stunden Jobs der Berufstätigen. Dazu gehören riesige
8 Straßen mit mehreren Spuren, Ampelschaltung, die nur auf den motorisierten
9 Individualverkehr ausgerichtet ist, und wenige Querverbindungen innerhalb der
10 Stadt oder des Dorfes.

11 Zustande kommt das, weil die Planungen geprägt sind von einem kapitalistischen,
12 cis-männlichen und weißen Blick. Die Verkehrsplanung und die Städteplanung wird
13 in den allermeisten Fällen von Cis-Männern geprägt. Schauen wir uns das
14 Gesamtbild an: wie Autobahnen oder der Fernverkehr geplant wird, sieht nicht
15 besser aus. Deutschland hatte noch nie eine Verkehrsministerin. Das jetzige
16 Verkehrsministerium wird geleitet von Andi Scheuer und vier
17 Staatssekretär*innen, gerade mal eine davon ist eine FINTA* Person
18 (Frauen/inter/nichtbinäre/trans/agender* Person).

19 Doch wie können wir diese Logik aufbrechen? Eine Stadtplanung ausgerichtet auf
20 die Bedürfnisse aller, insbesondere auf marginalisierte Gruppen, wie FINTA*
21 Personen oder queere Personen ist nötig. FINTA* Personen tragen einen größeren
22 Anteil an Care-Arbeit, wie Einkaufen oder Kindererziehung. Es braucht Städte mit
23 kurzen Wegen und ausreichend Querverbindungen. Wenn diese nicht vorhanden sind,

24 bedeutet das deutlich mehr Aufwand, umsteigen und mehr zeitliche Kapazitäten,
25 die nicht für Freizeit oder Lohnarbeit genutzt werden können. In einer Stadt der
26 kurzen Wege wird Verkehr reduziert, Ressourcen und Anwohner*innen geschont, das
27 Wohlbefinden der Bewohner*innen gesteigert und Care-Arbeit erleichtert. Doch
28 gerade Cis-Männer, die oftmals nur den Weg zur Lohnarbeit zurücklegen müssen,
29 besitzen ein Auto – im Schnitt deutlich mehr als FINTA* Personen. Letztere sind
30 somit häufiger abhängig von Alternativen zum motorisierten Individualverkehr.
31 Jene sollen durch eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots und der Rad- und
32 Fußverkehrsinfrastruktur attraktiver werden. Wir fordern das Land und den Bund
33 auf eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sicher- und herzustellen, um
34 dies zu ermöglichen.

35 Fehlende Aufzüge, kaputte Rolltreppen oder enge Bürger*innensteige, mit dem
36 Kinderwagen oder Einkaufstaschen schwer zu bewältigen, stellen Hindernisse dar
37 und erschweren den Alltag. Hinzu kommen Barrieren in nahezu allen
38 Lebensbereichen, die für Menschen mit Behinderung das Leben deutlich erschweren.
39 Bauliche Barrieren müssen schnellstmöglich überwunden werden. Daher fordern wir
40 eine konsequente, schnellstmögliche Beseitigung dieser. Den Kommunen sollen
41 hierfür die benötigten Finanzmittel bereitgestellt werden. Um den Mangel an
42 Planer*innen in kommunalen Verwaltungen nachhaltig zu bewältigen, sollen
43 Planungsberufe attraktiviert und eine Ausbildungsoffensive gestartet werden.
44 Damit die Planung queerfeministisch wird, muss die queerfeministische
45 Stadtplanung in der Ausbildung integriert sein und im Verlaufe des Berufslebens
46 durch Schulungsangebote erlernt werden können. Es braucht mehr
47 Ausbildungskapazitäten und eine Entfristung befristeter Stellen im
48 öffentlichen Dienst!

49 Es gibt zahllose Situationen, in denen FINTA* Personen im Bereich des
50 öffentlichen Lebens diskriminiert werden. Die Stadt ist nicht auf ihre
51 Bedürfnisse zugeschnitten. Ein Beispiel sind öffentliche Toiletten, da Pissoirs
52 weniger Platz benötigen, werden diese von den Städten einfach in größere Anzahl
53 gebaut. Wir als GRÜNE JUGEND NRW sind ein queerfeministischer Verband, der für
54 eine inklusive Stadt für alle kämpft.

55 Lösungen gibt es durchaus, diese müssen von einem diversen Team von
56 Stadtplaner*innen umgesetzt werden. Dafür braucht es Menschen mit verschiedenen
57 Perspektiven, die aus der gesamten Gesellschaft kommen, nicht nur von weißen
58 Cis-Männern. Kurzfristig braucht es gut ausgeleuchtete, einsehbare Wege. Diese
59 Beleuchtung soll durch technische Lösungen ökologisch verträglich sein. Außerdem
60 braucht es Aufenthaltsflächen, breitere Gehwege und mehr Plätze zum
61 Zusammenkommen und Verweilen.

62 Eine zentrale Forderung ist die Stadt der kurzen Wege. Dabei ist es wichtig,

63 dass möglichst viel des täglichen Lebens nah an der Wohnung liegt und gut
64 erreichbar ist. Das beinhaltet wohnungsnah Arbeitsplätze, gut zu erreichende
65 öffentliche Verkehrsmittel, Geschäfte, für den alltäglichen Bedarf und
66 Freizeitmöglichkeiten in der Nähe. Auch die Frage von Bildung und Ausbildung
67 muss in der baulichen Planung beachtet werden, eine gute Erreichbarkeit ist
68 zentral für eine queerfeministische Planung. Doch nicht nur die Umgebung, auch
69 die Wohnungen selbst müssen in verschiedenen Größen und zu akzeptablen Mieten
70 angeboten werden. In Fragen der Verkehrsinfrastruktur müssen neben gut
71 ausgebautem und gut erreichbar ÖPNV, auch die Gehwege breit gebaut sein und
72 Radwege baulich getrennt sein. Zum Wohlbefinden aller ist kurzfristig auch Tempo
73 30 in der gesamten Stadt und langfristig autofreie Innenstädte bis hin zu
74 autofreien Städten das Ziel.

75 Zum alltäglichen Leben gehören auch Freizeit und Erholung. Während im ländlichen
76 Raum viel Natur zu finden ist, die aber oft nur schlecht mit dem ÖPNV erreichbar
77 ist, ist in der Stadt weniger Natur aber oftmals ein diverses Angebot an
78 kulturellen Veranstaltungen vorhanden. Das Ziel muss sein, dass sowohl auf der
79 Stadt als auch im ländlichen Raum Naherholungsgebiete in Form von Natur und
80 kulturelle Angebote erreichbar sind.

81 Eine Stadt- und Verkehrsplanung muss auf alle Menschen in unserer Gesellschaft
82 ausgerichtet sein, nicht nur auf wenige – gemeinsam fordern wir deswegen eine
83 queerfeministische Stadt- und Verkehrsplanung.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 03.07.2021)

Titel: Unser Prozess für die Landtagswahl

Antragstext

1 Die Zusammensetzung des Landestages bestimmt die Landesregierung und damit ob
2 Fragen der Energiewende, der Verkehrswende, der Bildungspolitik, der
3 Geflüchtetenpolitik, und der sozialen Ungerechtigkeit endlich vor Ort effektiv
4 angegangen werden.

5 Genau deswegen ist es wichtig, dass wir als GRÜNE JUGEND NRW diese Wahl
6 mitgestalten.

7 Wir sehen es als unsere Aufgabe, bei der Listenaufstellung unserer
8 Votenträger*innen und junggrüne Kandidat*innen zu unterstützen, im
9 Programmprozess für linke Positionen und im Wahlkampf für linke Mehrheiten in
10 Nordrhein-Westfalen zu streiten.

11 Unterstützungsbekundung

12 Es gibt inhaltliche und strategische Entscheidungen bei den GRÜNEN NRW, die wir
13 kritisieren können und müssen. Sie stellen dabei trotzdem die Partei dar, die
14 unsere Vorstellungen von einer gerechten Welt mit der höchsten
15 Wahrscheinlichkeit umsetzen können. Deshalb machen wir bei der Landtagswahl 2022
16 Wahlkampf für BÜNDNIS 90/Die Grünen NRW.

17 Ausblick

18 Aber auch nach der Wahl müssen wir in möglichen Koalitionsverhandlungen Bündnis
19 90/DIE GRÜNEN an ihre Ideale erinnern und die Arbeit der Grünen Fraktion

20 kritisch begleiten. Um diesen Prozess transparent und fair zu gestalten, wollen
21 wir ein gemeinsames Verfahren diskutieren und bei einer
22 Landesmitgliederversammlung 2022 beschließen.

23 **Programmprozess**

24 Das Wahlprogramm ist der inhaltliche Leitfaden für die Landtagswahl und die
25 darauffolgende Legislaturperiode. Aus diesem Grund müssen wir uns als GRÜNE
26 JUGEND NRW uns bei dem mehrere Monate andauernden Programmprozess von
27 Dialogforen bis hin zur finalen Landesdelegiertenkonferenz im Dezember 2021
28 einbringen und für junggrüne Inhalte in diesem Programm kämpfen.

29 Unser gemeinsames Ziel als Landesverband sollte es sein, so früh wie möglich auf
30 die Inhalte von Bündnis 90/DIE GRÜNEN einzuwirken, damit wir geschlossen für ein
31 gutes Wahlergebnis kämpfen können – und die GRÜNE JUGEND NRW nicht gezwungen ist
32 andere Forderungen voranzutreiben. Eine starke Partizipation aller
33 Basismitglieder der GRÜNEN JUGEND NRW im Programmprozess ist daher das Ziel. Der
34 Landesvorstand wird aus diesem Grunde beauftragt, den Prozess zu beobachten,
35 Einflussmöglichkeiten für junggrüne Menschen zu identifizieren und zu bewerben.
36 Darüber hinaus soll auf Grundlage der vorliegenden Beschlusslagen eine Sammlung
37 von GRÜNE-JUGEND-NRW-Kernforderungen zur Landesmitgliederversammlung im Herbst
38 vorgelegt werden.

39 **Listenaufstellung und Votenträger*innen**

40 Neben junggrünen Themen ist es auch wichtig, junggrüne Kandidat*innen in den
41 Landtag zu bringen. Mit einem Durchschnittsalter von circa 51 Jahren sind junge
42 Menschen im Landtag deutlich unterrepräsentiert. Als selbständige
43 Jugendorganisation von Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW werden wir für eine junge und
44 progressive Landesliste kämpfen. Um das zu erreichen, wird sich bei der
45 Listenaufstellung der Landesvorstand für junggrüne Kandidat*innen und
46 insbesondere für unsere gewählten Votenträger*innen einsetzen.

47 **Wahlkampforganisation**

48 Um einen starken junggrünen Landestagswahlkampf bei begrenzten Kapazitäten zu
49 gewährleisten, darf der Landesvorstand organisatorische Aufgaben an Mitglieder
50 delegieren. Hierfür sollen bereits auf dieser Sommer-LMV sechs Menschen gewählt
51 werden. Zusätzlich entsendet der Landesvorstand vier Mitglieder in das
52 Wahlkampfteam.

53 Diesen Personen sollen nicht nur rein logistische Aufgaben wie die Vorbereitung

54 und Organisation von Highlight-Veranstaltungen, einer Wahlkampftour oder des
55 Social Media-Wahlkampfes vollständig übertragen werden. Auch vor Beginn des
56 Wahlkampfes sollen sie schon zentralen Einfluss auf die Ausgestaltung der
57 Kampagne, ihrer Schwerpunkte und Claims nehmen. Die an sie durch die LMV
58 vergebenen Kompetenzen laufen spätestens mit dem Wahldatum aus.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 04.07.2021)

Titel: **Verbandsarbeit ist für alle da! Wege hin zu einer
offenen GJ NRW**

Antragstext

1 Politische Entscheidungen gehen uns alle gleichermaßen an. Trotzdem haben nicht
2 alle den gleichen Zugang zu den Orten und Gruppen, an denen Politik gemacht
3 wird. Der Grad der eigenen politischen Teilhabe und der eigenen
4 Einflussmöglichkeit hängt im aktuellen System von vielen Faktoren ab. Die sind
5 nur selten selbst gewählt – meistens sind sie Ergebnis einer ungerechten
6 Geburtslotterie. Wo verschiedene diskriminierende und ausschließende Faktoren
7 zusammenkommen, wirken sie auf unterschiedlichste Art und Weise miteinander und
8 verstärken sich oft gegenseitig.

9 Als GRÜNE JUGEND fordern wir einen radikalen Wandel der verschiedenen Ebenen des
10 politischen Systems und einen gerechten Zugang für alle. Aber auch unser Verband
11 selbst stellt nicht mehr als eine Ebene des Systems dar. Wir arbeiten innerhalb
12 der schon bestehenden ungerechten Strukturen. Deshalb sind wir auch weit davon
13 entfernt, frei von diskriminierenden und ausschließenden Mechanismen zu sein.
14 Denn wir stellen keine abgegrenzte Gruppe an Menschen dar. Wir sind alle im
15 bestehenden (und an vielen Stellen wirklich miesen) System aufgewachsen und
16 werden in ihm weiter sozialisiert.

17 Umso wichtiger also, dass wir uns dem Ziel eines gleichberechtigten Zugangs für
18 alle auch im Verband bedacht, entschlossen und differenziert annehmen.

19 Dieser Antrag schlägt einen nächsten Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel vor.
20 Nicht weniger – aber auch nicht mehr. Er stellt keine Pauschallösung für einen
21 Verband ohne Diskriminierung und ohne Barrieren dar. Er ist auch kein
22 soziologisches Essay über gesellschaftliche Machtstrukturen. Stattdessen gehen

23 wir in ihm auf verschiedene diskriminierende und exkludierende Mechanismen ein
24 und beschreiben, welche konkreten Schritte gegangen werden sollen, um sie im
25 Verband abzuschwächen. Mittelfristig wollen wir auch hier nicht genannte Gruppen
26 unterstützen und für sie Maßnahmen, wie beispielsweise Vernetzungstreffen,
27 entwickeln.

28 **Rassismus**

29 Schwarze und indigene Personen sowie Personen of Color werden strukturell
30 rassistisch diskriminiert. Auf sie wirken verschiedene Rassismen. Dabei
31 funktioniert antimuslimischer Rassismus zum Beispiel anders als beispielsweise
32 antiasiatischer Rassismus. Trotz dieser Unterschiede ist es möglich,
33 antirassistische Strategien zu entwickeln, die alle BIPOC (Black, Indigenous and
34 People of Color) stärken.

35 Zur Entwicklung dieser Strategien wollen wir (sollte der Antrag
36 Satzungsänderungsantrag zu Delegationen und Teams angenommen werden) einen
37 Arbeitsbereich gründen. Er soll aus einer gemischten Gruppe mit verschiedenen
38 Wissensständen und Erfahrungen bestehen. Es ist wichtig, dass sich auch *weiße*
39 Personen für die strukturellen Veränderungen, die hier passieren müssen, stark
40 machen. Wir wollen nicht, dass die gesamte antirassistische Arbeit im Verband
41 bei BIPOC hängen bleibt.

42 Für diesen Prozess können wir auf viel starke Arbeit, die schon auf Bundesebene
43 geleistet wurde, zurückgreifen. Wir müssen aber auch die NRW-spezifischen
44 Strukturen in den Blick nehmen. Der Arbeitsbereich soll Strategien entwickeln,
45 um BIPOC in der Grünen Jugend NRW besser anzusprechen, sie für die Arbeit im
46 Verband zu aktivieren und sie langfristig besser einzubinden.

47 **Antisemitismus**

48 Brandanschläge auf Synagogen und jüdische Gedenkstätten, brennende Israel-Fahnen
49 und antisemitische Parolen auf Demonstrationen zeigen eindringlich: Auch 2021
50 sind Antisemitismus und im besonderen auch israelbezogener Antisemitismus
51 weiterhin eine akute Bedrohung für jüdisches Leben in Deutschland. Als
52 kognitives und emotionales Weltbild bietet der moderne Antisemitismus ein
53 allumfassendes System von Ressentiments und (Verschwörungs-)Mythen. Er hat daher
54 viele komplizierte Fassetten und Ausdrucksformen.

55 Wir können ihm in erster Linie mit Aufklärung begegnen. Gerade Neumitglieder
56 müssen die Möglichkeit erhalten, sich beispielsweise in Bildungsangeboten über
57 Antisemitismus zu informieren. Nur wer jeden Antisemitismus erkennt, kann sich

58 auch im Sinne unserer Beschlusslage "GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS!" (vom
59 05.03.2015) positionieren und sie - auch innerhalb der Grünen Jugend - weiterhin
60 bestärken. Außerdem ist es wichtig, jüdisches Leben in Deutschland sichtbar zu
61 machen und es als die Normalität darzustellen, die es längst sein sollte – dafür
62 können Veranstaltungen, aber auch zum Beispiel Social-Media-Arbeit hilfreich
63 sein.

64 **Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität oder der sexuellen** 65 **Orientierung**

66 Diskriminierung von cis Frauen wirkt anders als Diskriminierung von INTA*-
67 Personen. Diese wirken wiederum anders, als beispielsweise Bi- Homo- oder
68 Panfeindlichkeit. In allen Bereichen haben wir in der GRÜNEN JUGEND starke
69 Vorbilder. Das ist richtig gut! Lasst uns aber hier nicht stehen bleiben,
70 sondern weiterhin mit ganzer Kraft für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt
71 streiten. Während zum Beispiel FINTA* selbst oft jede Menge über Queerfeminismus
72 wissen, haben wir immer noch einige (neuere) cis Männer, die mit all dem noch
73 wenig anfangen können. Hier kann gezielte Bildung im Sinne solidarischer
74 Männlichkeit ein guter Hebel sein. Wir brauchen außerdem noch mehr spezifische
75 Formate, in denen sich FINTA* Personen in einem Safer Space austauschen und
76 gegenseitig empowern können. Perspektivisch streben wir ein vielfältiges und
77 variierendes Bildungsangebot für unterschiedliche Wissensstände an - sowohl für
78 FINTA* und weitere genderqueere Personen als auch für cis Männer.

79 **Ableismus und weitere Hürden für Menschen mit Behinderung, chronischen und/oder** 80 **psychischen Erkrankungen**

81 In diesem Bereich ist es wichtig, die verschiedenen Krankheitsbilder,
82 Behinderungen und Einschränkungen in den Blick zu nehmen. Neben dem Ableismus
83 (Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, chronischen und/oder psychischen
84 Erkrankungen), den viele erfahren, gibt es viele ganz konkrete Hürden, die
85 Menschen an der Teilhabe in unserem Verband hindern können. BarriereFREiheit für
86 alle ist dabei ein riesiges Ziel und kostet viel Geld und Ressourcen. Wir wollen
87 uns aber nicht auf das fokussieren, was wir alles nicht leisten können, sondern
88 lieber schauen, mit welchen einfachen Mitteln schon viel gewonnen werden kann.

89 Eine digitale Teilnahme bei Präsenz-Landesmitgliederversammlungen kann zum
90 Beispiel für Menschen, für die ein weiter Weg eine große Hürde darstellt oder
91 für Menschen mit sozialen Ängsten eine echte Entlastung sein - oder die
92 Teilnahme überhaupt erst ermöglichen - oder die Teilnahme überhaupt erst
93 ermöglichen. Über dieses Konzept haben wir uns schon viele Gedanken gemacht –
94 wir werden es bei der Herbst-LMV zum ersten Mal ausprobieren und erhoffen uns,
95 es danach zum Standard machen zu können. In Social-Media Feedbeiträgen
96 etablieren wir ausnahmslos Untertitel und Bildbeschreibungen, in Story auf

97 Social Media nutzen wir diese in der Regel. Das kann insbesondere Menschen mit
98 Seh- bzw. Hörschwierigkeiten helfen. . Stück für Stück wollen wir auch mehr
99 einfache Sprache etablieren, Mitglieder in ihr schulen und so langfristig dafür
100 sorgen, dass zum Beispiel Bewerbungen immer auch in einfacher Sprache
101 eingereicht werden können und dies zum Standard wird.

102 Weil diese Aufzählung noch lang nicht abschließend ist, wollen wir mehr
103 Feedbackmechanismen für Menschen mit Behinderungen, Einschränkungen oder
104 chronischen Krankheiten ermöglichen. Das kann im Rahmen anonymer
105 Evaluationsbögen oder in persönlichen Austauschrunden mit der politischen und
106 organisatorischen Geschäftsführung sowie der Schatzmeisterei passieren.
107 Landesgeschäftsstelle und Landesvorstand können die Perspektiven dieser Menschen
108 so Stück für Stück besser in der organisatorischen Arbeit berücksichtigen.

109 **Sprachbarrieren**

110 Leute, mal ehrlich: Wir nutzen ständig schwierige Sprache. Oder englische
111 Begriffe, oder beides. Was Muttersprachler*innen und Menschen mit akademischem
112 Hintergrund meist nicht auffällt, kann für viele Personen aus unterschiedlichen
113 Gründen extrem ausschließend wirken. Um hier Hürden abzubauen, muss nicht alles
114 gleich in Leichter Sprache oder in 10 verschiedene Sprachen übersetzt werden.
115 Wir wollen es aber schaffen, dass die Texte, die wir produzieren, für mehr
116 Menschen verständlicher und zugänglicher werden. Stück für Stück muss ein
117 Bewusstsein für kurze Sätze, übersichtliche Anträge und weniger Fachsimpelei
118 wachsen. Besonders Kernforderungen müssen verständlich und leicht im Antragstext
119 zu finden sein. Abkürzungen sollten erklärt oder, noch besser, vermieden werden.
120 Es darf sich nicht so anfühlen, als wären bei uns nur Leute mit einem
121 akademischen Hintergrund willkommen.

122 Gleichzeitig wollen wir unsere wichtigsten Texte in einfache Sprache übersetzen
123 und Bewerbungen sollen mit einer Version in einfacher Sprache perspektivisch zum
124 Standard gemacht werden. Dafür wollen wir auch Mitglieder in einfacher Sprache
125 schulen. Außerdem wollen wir gezielt Leute anfragen, die uns bei Übersetzungen
126 unterstützen können. Es muss sich kein langfristiges Team an Übersetzer*innen
127 gründen. Eine kleine Delegation, die vielleicht auch nur einmalig etwas
128 übersetzt, ist besser als nichts!

129 **Finanzielle Barrieren**

130 Was mensch anderen oft nicht ansieht, kann für viele Mitglieder große Hürden
131 bedeuten. Hohe Teilnahmebeiträge zum Beispiel sind nicht für alle zu stemmen.
132 Hier brauchen wir ein klares, solidarisches System, das allen Mitgliedern

133 unabhängig vom eigenen Einkommen oder dem Einkommen der Erziehungsberechtigten
134 die uneingeschränkte Teilnahme ermöglicht! In so einem System muss bedacht
135 werden, dass es für viele Menschen schwierig ist, sich öffentlich zu ihrer
136 prekären Situation zu äußern. Neben den Beiträgen kostet auch die Arbeit in
137 Ämtern wie dem Bildungsteam oder dem Landesvorstand Zeit – die viele zwischen
138 Ausbildung oder Nebenjob und Regelstudienzeit nicht aufbringen können.

139 Auch hier können wir mit den Verbandsmitteln keine gerechte
140 Mindestausbildungsvergütung oder elternunabhängiges BAföG ersetzen. Es wird
141 außerdem darüber nachgedacht, eine solidarische Aufwandsentschädigung für
142 besonders zeitintensive Ämter einzuführen, und die Verbandsarbeit auf
143 Landesebene auf vielen Schultern zu verteilen. Breite, gut arbeitende Strukturen
144 machen die Arbeit niedrigschwelliger und sparen uns allen ein Burnout. Hier ist
145 also viel zu tun, der Satzungsänderungsantrag zu Teams und Delegationen ist ein
146 Anfang. Um Menschen in verschiedensten Lebenssituationen anzusprechen, müssen
147 wir auch auf feste Start- und Endzeiten achten, die außerhalb der klassischen
148 Arbeitszeiten liegen. Wir wollen darüber hinaus auch Maßnahmen etablieren, die
149 Klassismus (also der gesellschaftlichen Diskriminierung aufgrund der sozialen
150 Herkunft) entgegenwirken.

151 **Also?**

152 Die Lösungen für ausschließende und diskriminierende Mechanismen sind also
153 mindestens genauso vielfältig wie sie selbst. Wir wollen gemeinsam und Schritt
154 für Schritt über unsere Strukturen nachdenken und zu nachhaltigen Veränderungen
155 kommen, die Menschen mit allen möglichen Hürden die Teilhabe in unserem Verband
156 erleichtert. Wir wollen eine Atmosphäre schaffen, in der Fehler okay sind und in
157 der Menschen selbstverständlich zweite Chancen eingeräumt werden. Dazu gehört
158 auch, dass sich nach den Kapazitäten, die auf organisatorischer und finanzieller
159 Ebene vorhanden sind, orientiert wird. Langfristig sollen so alle die
160 Möglichkeit, die Kraft und auch einfach Bock darauf haben, in der GRÜNEN JUGEND
161 Politik zu machen. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Aber in einem konstruktiven
162 Prozess können wir ihm Stück für Stück näherkommen und die Veränderung gemeinsam
163 gestalten. Also auf geht's!

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 03.07.2021)

Titel: Schüler*innenparlamente jetzt!

Antragstext

1 Wir als GRÜNE JUGEND NRW stehen für eine konsequente Jugendbeteiligung auf allen
2 Ebenen. Jugendbeteiligung darf nicht nur im außerschulischen Bereich
3 stattfinden, sondern muss auch den schulischen Bereich durchdringen. Es ist
4 deswegen notwendig, dass die Schüler*innen in der Schule noch besser vertreten
5 sind und dies auch rechtlich klargestellt wird.

6
7 Aktuell zeigt sich, dass die Schüler*innenvertretungen (SVen) innerhalb der
8 Schulen viel zu wenig Mitspracherecht haben. Viele Schüler*innen wissen außerdem
9 viel zu wenig über ihre SV und über ihre Rechte.

10 Deswegen fordern wir als GRÜNE JUGEND NRW kurzfristig:

Schüler*innenparlamente jetzt!

11
12 Wir wollen an jeder Schule ein Schüler*innenparlament, das aktiv mitentscheiden
13 und gestalten kann. Diese Parlamente haben klare Rechte und an der Verfassung
14 angelehnte demokratische Grundsätze. Das Parlament vertritt die Schüler*innen
15 und wird bei Entscheidungen der Schule informiert und beteiligt. Bei
16 Entscheidungen mit hoher Tragweite hat es ein Vetorecht. Außerdem wird den
17 Schüler*innen ein Budget für eigene Projekte überlassen. Jede Klasse/ die
18 Oberstufe hält einmal im Monat einen Klassenrat.

- 19 - eine Aufwertung von Schüler*innen-
20 Vertretungen gegenüber Elternvertretungen durch
21 eine Überzahl an entsendeten Delegierten im Schulrat
22 - Stimmrecht von Schüler*innenvertreter*innen

23 **bei Fachkonferenzen**

24 - **hinreichend ausführliche Protokolle bei allen die Schule betreffenden**
25 **Entscheidungsgremien, aus denen die Begründungen für und gegen eingebrachte**
26 **Vorlagen hervorgehen**

27 - **Klassen-/ Stufenräte in regelmäßigen Abständen in jeder Klasse bzw. Stufe, bei**
28 **denen SV-Sitzungen vor- und nachbereitet werden können**

29
30 - **ein eigenes Budget für Schüler*innen-Vertretungen**

31 - **Schlichtungsinstanzen, in denen Schüler*innen vertreten sind, und die die**
32 **Verhandlungsposition von Schüler*innen gegenüber Lehrkräften und Schulleitung**
33 **stärken**

34
35 **Die Jugend ist die Generation, die mit den Entscheidungen der Schulen und der**
36 **(Schul-)Politik leben muss. Deswegen wollen wir hier nicht stehenbleiben,**
37 **sondern weiter gehen.**

38 Perspektivisch wollen wir an allen Schulen Schüler*innenparlamente,
39 die die Schulpolitik aktiv gestalten und bei Entscheidungen mit hoher Tragweite
40 ein Veto einlegen können

41 Durch diese Schüler*innenparlamente lernen junge Menschen sehr früh, was es
42 heißt, sich einzubringen und politisch aktiv zu sein. Sie lernen, dass es wichtig
43 ist, sich eine Meinung zu bilden und diese auch anderen mitzuteilen.

44
45 Hierbei verweisen wir auch auf den Beschluss des Bundeskongresses der GRÜNEN
46 JUGEND vom Oktober 2020 "Das Bildungszentrum - die Schule von morgen".

47 Gemeinsam ebnen wir den Weg hin zu einer Schule, in der alle gleichberechtigt
48 mitentscheiden können. Wir stärken das Demokratieverständnis dadurch nachhaltig.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 04.07.2021)

Titel: **Prüfung von Unterstützungsmöglichkeiten für
kleine Basisgruppen**

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND NRW verschreibt sich dem Ziel kleinere Basisgruppen,
2 insbesondere in ländlicheren Gegenden aktiv zu unterstützen.

3
4 Dafür wird der Landesvorstand mithilfe einer umfassenden Potenzial- und
5 Problemevaluation auf die Basisgruppen zugehen. So kann er herausfinden, was in
6 den Basisgruppen schon gut läuft und in welchen Bereichen sie noch Unterstützung
7 brauchen. Die Ergebnisse der Evaluation werden bis zum Herbst 2022 in konkrete
8 Handlungsschritte übertragen. Der Evaluationsprozess, die Ergebnisse und die
9 Handlungsschritte werden auf der Landesmitgliederversammlung im Herbst 2022 kurz
10 mündlich vorgestellt. Schritte könnten zum Beispiel die gezielte Schulung von
11 Basisgruppenvorständen oder die weitere Stärkung der Bezirksstrukturen sein.

12
13 Langfristiges Ziel ist es, in weiten Teilen NRWs schlagkräftige und aktive
14 Basisgruppen, die vor Ort einen konkreten Unterschied machen, aufzubauen.